



INITIATIVE PSKOW

in der Evangelischen Kirche im Rheinland
Mitglied im Diakonischen Werk

März 2008 · Rundbrief 24

Versöhnung, Solidarität, Selbsthilfe

Motive unserer Arbeit

Am Anfang stand die Bitte um Versöhnung. Es war kein einfacher Weg, ab 1991 zunächst das Vertrauen der Verantwortlichen für die Stadt Pskow zu gewinnen, 50 Jahre vorher hatte die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion überfallen mit einem Vernichtungsfeldzug, der weithin „verbrannte Erde“ und auch verbrannte Menschen hinterließ. Unsere Versöhnungsbitte sollte sich nicht in Kranzniederlegungen und Reden erschöpfen (obwohl diese Reden, besonders die von Präses Peter Beier, enorm wichtig waren), wir wollten ein dauerhaftes Zeichen setzen. Es gewann Gestalt zunächst im Heilpädagogischen Zentrum, später in vielen weiteren Projekten, die inzwischen das soziale Klima der Stadt prägen. Die Bitte um Versöhnung wurde anschaulich – und sie wurde angenommen.



Blumen legten deutsche und russische Jugendliche bei ihrer Begegnung im Mai 2005 in Sebesh (Gebiet Pskow) nieder.

Auf dem brachen Feld ist inzwischen ein Soldatenfriedhof angelegt, auf dem Soldaten beider Seiten liegen.

Inzwischen steht sie nicht mehr so im Vordergrund wie noch vor zehn, zwölf Jahren. Das Motiv der Solidarität, sicherlich von Anfang an vorhanden, ist immer stärker geworden. Solidarität mit denen, die in einem Land mit immensem Reichtum und schockierender Armut sich am untersten Rand der Gesellschaft finden und die keinerlei Lobby haben: den schwerstmehrfach körperlich und geistig Behinderten. Sie sind im Bildungsplan des Staates überhaupt nicht erfasst. Sie haben weder Zugang zu den Schulen, noch kommen sie bei den Arbeitsämtern vor. Sie gelten weiterhin als „nicht lern- und förderungsfähig“. In Pskow werden sie gefördert, besuchen sie die Schule, nämlich das Heilpädagogische Zentrum, haben als junge Erwachsene einen Arbeitsplatz, nämlich in den Werkstätten.

Eine andere Gruppe, ebenfalls am untersten Rand, sind die Alten, genauer: die armen unter ihnen, also die allermeisten. Die Renten sind und bleiben sehr schmal, weit unter dem notwendigen Lebensminimum. Die Altenheime sind zu einem großen Teil in einem jammerswerten Zustand. So elend möchte keiner von uns untergebracht sein, wenn er nicht mehr in den eigenen vier Wänden leben kann.

Es gibt weitere Gruppen: die Waisenkinder, die

verwahrlosten Jugendlichen. Dass sich das boomende Land nicht um sie kümmert, können wir nicht ändern, wir können nur immer wieder darauf hinweisen. Auch das ist ein Akt der Solidarität. Vor allem aber versuchen wir, auch für diese Gruppen Solidarität in verschiedenen Projekten konkret zu gestalten.

Klaus Eberl sagte im Mai 2003 in einer Rede in Pskow, er habe bei der Arbeit dort gelernt, „dass Menschen nicht perfekt sein müssen, dass Defizite, Leiden, Krankheiten und Fehler Bestandteile unseres Lebens sind. Seitdem lässt mich die Frage nach dem Menschenbild nicht mehr los. (...) Es gibt ein Menschenbild, das Behinderung ausschließlich als Belastung der Gesellschaft ansieht. Menschen mit Behinderung gelten als nicht förderfähig. Der Sinn des Lebens wird an der Leistungsfähigkeit gemessen. Das führt zu Ausgrenzung und Verwahrlosung, im Extremfall zu Beseitigung und Mord. Der deutsche Nationalsozialismus hat in der Zeit von 1933 bis 1945 dieses lebensfeindliche Menschenbild aufgegriffen. Im Zusammenhang mit dem Gesetz zur ‚Verhütung erbkranken Nachwuchses‘ wurden Zwangssterilisierungen angeordnet und 260.000 Patienten aus den deutschen Heil- und Pflegeanstalten systematisch ermordet (Euthanasieaktion T 4). Sie galten als Volksschädlinge.“ Klaus Eberl wies in Pskow auch in aller Deutlichkeit auf das stalinistische System der Abschiebung in menschenunwürdige „Internate“ hin, das bis in die späte Zeit der Sowjetunion funktionierte. Und solche „Internate“ gibt es noch immer.

Hier wird der Bogen deutlich, der sich von den deutschen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und der daraus resultierenden Bitte um Versöhnung hin zum Gedanken der Solidarität spannt: Wir vergessen und verdrängen nicht die Verbrechen im Nationalsozialismus - wobei die Verbrechen im Stalinismus nicht ausgeblendet werden - und setzen ein christliches, solidarisches Menschenbild dagegen. Wo Versöhnung gelang, ist der Boden für Solidarität bereitet.

Ein drittes Motiv unserer Arbeit wird immer wichtiger: Die Deutschen haben in den letzten anderthalb Jahrzehnten in Pskow Anstöße in verschiedenen Bereichen gegeben. Ein großer Teil der Verantwortung ist bereits in russische Hände übergegangen. Auf Dauer soll sie ganz dort liegen. Deshalb organisieren wir Weiterbildungskurse in Behindertenpädagogik, Altenpflege, in Sozialarbeit überhaupt. Es gibt bereits russische „Multiplikatoren“, die nun selbstständig engagierte russische Menschen ausbilden. Auch das ist zunächst nur der Anfang eines langen Weges, aber die Richtung ist klar.

Hilfe zur Selbsthilfe also und Solidarität mit denen ganz unten – wo bleibt da der Versöhnungsgedanke? Er hat sich nicht erledigt. Noch immer geht es um Erinnerung an und Trauer über früheres deutsches Unrecht gegenüber Russland und gegenüber Behinderten im eigenen Land. Es geht aber ebenso um ein verändertes Menschenbild, ein christliches Menschenbild, das keine „Untermenschen“ kennt, bei dem Behinderung kein Makel, kein Defekt ist, bei dem nicht Leistungen darüber entscheiden, ob jemand ein sinnvolles Leben führt. Es geht darum, nach vorn zu blicken, ohne Vergangenes zu vergessen.

Ekkehard Pohlmann-Heinze

Weihnachtsspenden 2007 / 2008

Groß war die Spendenfreude unserer Mitglieder und Freunde, der Kirchengemeinden und Kirchenkreise zum Weihnachtsfest 2007/2008. Die Aktion dauerte vom 15. November 2007 bis zum 31. Januar 2008. Eingegangen sind:

Allgemeine Spenden	→ 18.510,00 €
Spenden für die Werkstatt	→ 25.507,97 €
Kollekten für die Werkstatt	→ 5.879,14 €
Heilpädagogisches Zentrum	→ 8.161,16 €
Hospiz	→ 1.550,00 €
Mahlzeit (ohne Dauerpaten)	→ 7.740,00 €
Gesamt	→ 67.348,27 €

Bei einem Gesamthaushaltsvolumen von 730.000 € betragen unsere allgemeinen Ausgaben für die Verwaltung 5,5 %. Das ist nur möglich, weil alle unsere Arbeit ehrenamtlich geschieht und für die Initiative Pskow nur arbeiten darf, wer keinen Cent Honorar verlangt.

Im Jahre 2008 sind unsere vordringlichen Aufgaben:

Weiterbau der Werkstatt	→ 800.000,00 €
Familiengerechtes Haus für Kinder	→ 80.000,00 €
Errichtung eines dritten Gewächshauses	→ 80.000,00 €
Weiterer Ausbau des Hospizes	→ 20.000,00 €
Tagesstätte, Brunnen, Betonsanierung	→ 10.000,00 €
Ausbildung in der Altenpflege	→ 80.000,00 €
Gesamt	→ 1.070.000,00 €

Wir werden sehen, wie weit wir kommen. Danke allen, die geholfen haben. *Dieter Bach*

Ein Wechsel nicht nur im Amt des Staatspräsidenten

Am 02. März 2008 wurde in Russland der neue Staatspräsident gewählt. Niemanden hat es überrascht, dass Dimitrij Medwedjew gewählt wurde. Er war der Kandidat Wladimir Putins, der nur unter ihm Premierminister werden wollte. Dass Medwedjew gewählt wurde, daran hat keiner gezweifelt. Fraglich bleibt, ob es ohne zahlreiche Manipulationen mehr als 70 % geworden wären. Schade, dass vorher alle demokratischen Kandidaten mit Scheinargumenten ausgeschieden worden waren.

Aber auch in Pskow haben die Wahlen und DUMA – Beschlüsse 2007 das Bild grundlegend geändert. In die Stadtduma wurden von 25 Abgeordneten 17 aus dem Kreis der Industriellen gekürt. Selbst in deutschen Zeitungen wurde die Stadt Pskow wegen Wahlmanipulationen und Bestechungen erwähnt. Warum die Industriellen in den Rat drängten? Die Antwort ist sehr einfach: Im Jahre 2009 wird in Russland das Grund- und Bodengesetz geändert. Noch gehören die Grundstücke im Land dem Staat oder den Kommunen. Ab 2009 sollen sie in Privatbesitz übergehen. Tausende von Grundstücken stehen in Pskow zum Verkauf an. Sollte man da nicht ganz nahe an der Quelle sitzen, um am Besitz teilzuhaben?

Und auch die Stellung von Michail Choronen ist nicht mehr die Alte. Gewählt wurde er 2004 als Stadtpräsident und Oberbürgermeister bis zum Jahr 2009. Der Stadtrat beschloss, die Ämter zu trennen. Gerüchte besagen, auch hierbei sei es nicht mit sauberen Mitteln zugegangen.

„Head of the town“ ist der Vorsitzende der Stadtduma, der Industrielle Jan Luzin. Er repräsentiert die Stadt jetzt nach außen. Ihm ist auch das Partner-

Von Söhnen und Taxifahrern – zwei Briefe

*Sehr geehrter Herr Bach,
hiermit möchte ich Ihnen für den Brief vom 1. Dezember d. J. und das schöne, so fein gearbeitete Engelchen danken. Was Sie berichten, kenne ich allzu gut. Wir haben ebenfalls einen schwerbehinderten Sohn. Er ist inzwischen 43 Jahre alt und seit 22 Jahren in einer Werkstatt beschäftigt. Ich weiß, wie viel Mühe alles kostet, und wie viel Freude von den Behinderten zurückkommt. Alle Ihre Ziele sind wichtig. Ich habe nur eine kleine Rente, deshalb ist meine Spende auch nur klein. Die gebe ich aber gern, weil ich so froh und dankbar dafür bin, dass unserem Sohn früh und gut geholfen wurde. Er ist ein liebenswerter Mensch mit viel Mitgefühl für andere geworden – ein echter Schatz. Wer kann das heute noch von seinen Kindern sagen. Ihnen, Ihren Mitarbeitern und den Menschen in Pskow wünsche ich weiterhin Erfolg.
Mit freundlichen Grüßen ...*

*Sehr geehrter Herr Dr. Bach,
Ihr gestriger Vortrag im DEF hat mich so beeindruckt, dass ich bei der Heimfahrt unserem Taxifahrer davon erzählte. Im Stau stehend ziemlich ausführlich. Zu Hause angekommen, gab mir der Taxifahrer spontan € 5,- als Spende, die ich hiermit beifüge. Ist das nicht großartig!
Mit freundlichen Grüßen ...*

schaftsamt unterstellt. Michail Choronen ist als Oberbürgermeister der Leiter der Stadtverwaltung. Und die letzte, schwerwiegende Veränderung für unsere Arbeit:

Der gesamte soziale Bereich gehört nach einem Erlass der Moskauer Regierung nicht mehr zur Stadt sondern zum Oblast. Theoretisch wäre es möglich gewesen, die sozialen Aufgaben bei der Stadt zu belassen. Das hat der Gouverneur verweigert. Ein erbitterter Kampf um die Beschützenden Werkstätten trat ein. Als einzige in ganz Russland sind sie auch ein Prestigeobjekt. Die Stadt beharrte darauf, sie nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Bis jetzt hat sie darin die Oberhand behalten.

Das aber macht unser Eintreten für die erwachsenen jungen Männer und Frauen mit geistigen Behinderungen oft nicht leicht. Wir müssen mit beiden Seiten verhandeln.

Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Unsere Sponsoren sind nur bereit, Mittel für den letzten Bauabschnitt zur Verfügung zu stellen, wenn die Zweckbestimmung der Werkstätten für die nächsten 15 Jahre garantiert wird. Der Versuch, eine Unterschrift dafür vom Oberbürgermeister und Gouverneur unter einem Dreiecksvertrag zu bekommen, scheiterte zunächst. Der Oberbürgermeister unterschrieb, der Gouverneur nicht. Jetzt ist es gelungen, eine solche Garantieerklärung durch den Sozialminister Fedor Konjachin zu erhalten.

Für die Initiative Pskow ist es schwierig, zwischen den Fronten zu stehen. Für uns ist auch nicht entscheidend, zu wem die Werkstätten gehören. Uns ist allein daran gelegen, dass alles getan wird, um den geistig behinderten Menschen zu einem Leben in Würde zu helfen. *Dieter Bach*

Bernd Braun ist Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in St. Petersburg. Im Herbst vergangenen Jahres nahm er an der Einweihung der neu gebauten Werkstufe des Heilpädagogischen Zentrums und des dritten Bauabschnitts der Werner Peter Schmitz Werkstätten in Pskow teil – und sagte die Unterstützung unserer Arbeit durch das Generalkonsulat zu (vgl. Rundbrief 22). Wir haben Bernd Braun gebeten, auf der Grundlage seiner persönlichen Erfahrungen in Russland einen Ausblick auf die soziale Lage zu geben. Viele seiner Anmerkungen und Vorschläge lassen sich direkt auf unsere Arbeit beziehen.-

Die soziale Situation der Bevölkerung in der Nordwestregion ist sehr vielschichtig. Das sich bietende Bild ist widersprüchlich. Ein Teil der Erwerbsbevölkerung profitiert von höheren Sozialstandards, die in den letzten fünf bis zehn Jahren im Zuge der positiven Wirtschaftsentwicklung entstanden sind. Gleichzeitig hinken Bereiche hinterher: die Gesundheitsversorgung leidet unter strukturellen Mängeln, die Lage der älteren Bevölkerung hat sich nicht zuletzt auf Grund eines Rentenniveaus, das im Durchschnitt unterhalb des Existenzminimums liegt - nicht grundlegend verbessert. Durch den wachsenden Einkommensabstand zwischen Arm und Reich wächst die Unzufriedenheit. Zwischen 25 und 35% der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Die Berufsgruppen mit den geringsten Einkommen - zu ihnen gehören einfache Beamte, Krankenschwestern, Ärzte und Lehrer - sind dabei von hoher gesellschaftlicher Bedeutung. Ihre schlechten Lebensbedingungen führen zum Verfall der grundlegenden Strukturen, auf denen das Funktionieren der Gesellschaft basiert.

Sowohl in der Weite der russischen Regionen als auch in den tristen Vorstadtvierteln großer Metropolen existiert eine Parallelwelt mit Menschen, die den Anschluss an Wohlstand, Bildung und Urbanität des modernen Russland verloren haben. Hier für

Besserung zu sorgen, ist eine der wichtigen Aufgaben, denen sich Russland im kommenden Jahr-zehnt gegenüber sieht.

Gefragt sind Staat und Gesellschaft:

- Das Gefühl der Eigenverantwortung als unerlässliche Grundlage für ein funktionierendes Gesellschaftssystem muss sich bei den Menschen verstärken.

- Es muss eine öffentliche, breit geführte Diskussion darüber in Gang kommen, welche Wertvorstellungen es in Russland über soziales Engagement gibt. Der Staat muss ein Klima schaffen, in dem soziales Engagement Anerkennung findet.

- Die Umgestaltung der Sozialversicherungssysteme in zukunftsfähige Einrichtungen, die die sozialen Risiken der Bevölkerung wirksam absichern, ist eine Herausforderung für die russische Politik.

- Die Wirtschaft muss sich ihrer sozialen Verantwortung stellen. Die Zielgruppe dieser Verantwortung darf sich nicht auf Unternehmensmitarbeiter, Kinder und Sportler beschränken, so wichtig die bereits praktizierte Unterstützung diesem Personenkreis gegenüber auch ist. Randgruppen und sozial Benachteiligte müssen mehr in das Zentrum sozialen Engagements rücken. Soziale Leistungen müssen, anstatt auf der Basis der Zugehörigkeit zu einer Gruppe stärker auf der Basis von Bedürftigkeit vergeben werden.

- Das Misstrauen sowohl der Bürger als auch von Unternehmen gegenüber dem nichtstaatlichen Sektor muss abgebaut werden. Nichtregierungsorganisationen müssen als selbstverständliche Partner bei der Erbringung von Sozialleistungen akzeptiert werden und hierbei für ihre Tätigkeiten die notwendige Finanzausstattung erhalten.

In jedem der genannten Bereiche bleibt viel zu tun. Auf seinem Weg zum in der Verfassung deklarierten Sozialstaat ist Russland noch längst nicht am Ziel. Bis dahin bleibt es Hilfsmaßnahmen, die größtenteils vom Ausland her finanziert werden, überlassen, die Not der Bedürftigen zu lindern.

Eins der Projekte unter dem Dach der Initiative Pskow ist der Austausch zwischen Studenten aus Pskow und Aachen. Auf diese Weise können junge Leute die Lebenssituation der anderen Seite im Alltag kennen lernen – trotz einiger Schwierigkeiten ein lohnendes Unterfangen.

Ich war sehr glücklich, als ich erfuhr, dass die Wahl meiner Hochschule, der Polytechnischen Hochschule Pskow, für einen Studienaufenthalt in Deutschland auf mich gefallen war. Eine hohe Hürde war die deutsche Sprache. Schulkenntnisse und das, was ich zusätzlich auf der Hochschule gelernt hatte, reichten nicht aus. Deshalb vertiefte ich mein Deutsch durch Intensivkurse, die Zeit und Geld kosteten. Die Vorbereitung half mir aber, mich in Deutschland im Studium und privat rasch einzuleben. Die Partnerhochschule, die Fachhochschule Aachen, hat schon viele Erfahrungen mit Studenten aus Pskow. Der Lehrbetrieb ist in vielem anders als in Pskow: Kein Klassenprinzip mit festem Stundenplan, sondern die Möglichkeit, Schwerpunkte zu bilden und die Reihenfolge der Lehrveranstaltungen – zumindest teilweise – selbst zu bestimmen. Ein Betreuungsprofessor half mir sehr. In seinen Vorlesungen lernte ich von seinen Praxiserfahrungen, er zeigte Bilder und Filme über moderne Methoden und technische Verfahren auf Baustellen. Wiederholt unternahmen wir Exkursionen

zu Werken und Baustellen.

Kontakt zu deutschen Studenten zu gewinnen, war schwierig. Sie sind alle mit sich selbst und ihrem Studium beschäftigt. Am ehesten gelang mir der Kontakt beim Sport (Karate und Turnen). Dagegen habe ich bald Freundschaften mit ausländischen Studenten geschlossen. Das wurde dadurch erleichtert, dass im Studentenwohnheim ganz überwiegend ausländische Studenten wohnten und das „Interkulturelle Centrum Aachener Studierender“ gute Arbeit leistet. Wir unternahmen Reisen im In- und Ausland, oft mit Wochenendtickets. Bei diesen preiswerten Reisen verbrachten wir viele Nächte auf der Bahn. Das Stipendium der Hochschule reichte für Miete und Leben nicht aus. Die Hochschule half mir aber, einen Praktikumsplatz mit bescheidener Vergütung in einer Ingenieurfirma zu finden. Das Praktikumssemester mit Arbeit auf Baustellen war für mich besonders wichtig. Hier lernte ich hautnah deutsches Alltagsleben kennen.

Rückblickend kann ich sagen, dass ich in diesem Jahr fachlich viel dazu gelernt, andere Formen des Studienbetriebs und das deutsche Arbeitsleben kennen gelernt habe. Einen solchen Studienaufenthalt möchte ich vielen Kommilitonen in Pskow wünschen. Deutschland würde ich immer wieder gern besuchen, aber meine Heimat ist und bleibt Russland.

Ausblick auf die soziale Situation in Nordwestrussland



*Bernd Braun,
Generalkonsul der
Bundesrepublik Deutschland
in St. Petersburg*

Ein Jahr als Student in Deutschland



*Pawel Astratow,
Student der Polytechnischen
Hochschule Pskow*

Splitter und Späne

6 Millionen jüdische Opfer des Nationalsozialismus – eine unfassbare Zahl



Einen Wohltätigkeitslauf zu Gunsten der Beschützenden Werkstätten in Pskow hatten die Schülerinnen und Schüler der Luisenschule in Mülheim an der Ruhr unternommen. 5.500 € hatten sie zusammengebracht. Zum Schwitztag 2008, am 27. Januar, wurde der Scheck an Dieter Bach übergeben. Als er an diesem Sonntag die Schule betrat, traf er die Schülerinnen und Schüler der 12. Klasse in intensiver Arbeit an. Betreut wurden sie vom Schulleiter und der Geschichtslehrerin. Sie hatten sich vorgenommen, für jeden der 6 Millionen jüdischer Menschen, die durch die Diktatur des Nationalsozialismus ums Leben gekommen waren, einen Strich auf große Tapetenbahnen zu zeichnen. Lange Bahnen mit schwarzen Strichen wurden aufgehängt. „Wie viele sind es geworden?“ fragte Dieter Bach. „40.000“, antwortete eine Schülerin. „Dann haben wir es aufgegeben. Eine Tapetenbahn von 45 km hätten wir gebraucht, um für jeden Ermordeten einen Strich sichtbar zu machen“. In seinen Dankesworten für die Spende wies der Geschäftsführer der Initiative Pskow darauf hin, dass es eben diese Morde waren, die rheinische Christen 1991 nach Pskow gebracht hätten. Auch diese Stadt habe unter den Deutschen unsäglich gelitten. Das sei der Grund gewesen, in dieser Stadt aktiv zu werden und sich derjenigen anzunehmen, die auch heute in Russland keine Lobby haben: der geistig behinderten Menschen.

Fragt uns Zivis!

Hallo, vielleicht wissen Sie schon, dass im Heilpädagogischen Zentrum in Pskow und in den Werkstätten jeweils für ein Jahr drei junge Leute einen Einsatz als Freiwillige absolvieren. Im Moment sind wir das: Birte Neumann, Philipp Martens und Johannes Leyendecker (vgl. Rundbrief 23, Seite 3). Wenn Sie wissen wollen, wie unser Alltag aussieht, welche Erfahrungen wir mit der Stadt und den Menschen hier machen, oder was man tun muss, um selbst so ein russisches Abenteuer zu erleben, wie das mit der Sprache ist usw., dann schicken Sie uns doch eine Mail: johannesinrussland@web.de. Unter dieser Adresse erreichen Sie uns alle drei.

Kerzen für Pskow

In den Werkstätten hat als neuer Beschäftigungszweig die Kerzenfabrikation begonnen. Kerzenreste aus Deutschland sind da sehr willkommen. Es müssen nicht die Ein-Zentimeter-Christbaumstummel sein, wohl aber z. B. die Reste von Altarkerzen. Päckchen und Pakete bitte an Dr. Dieter Bach (s. Impressum)!

Bau des dritten Gewächshauses

Er soll in diesem Sommer beginnen. Kosten: ca. 80.000 Euro. Vorher muss die Hochspannungslleitung, die über das Gelände führt, unter die Erde verlegt werden. Die Stadt Pskow hat das fest zugesagt. Die Pflanzenproduktion ist der erfolgreichste Zweig der Werkstätten.

„Barrieren überwinden“

Nach der deutschen Ausgabe erscheint in diesen Tagen in russischer Sprache das Buch „Barrieren überwinden“. Herausgeber sind Dieter Bach und Margot Nohr. Mitgearbeitet haben alle Dozentinnen und Dozenten, die während eines Zeitraums von drei Jahren in Pskow Kurse zum Thema „Heilerziehung und Pflege“ durchgeführt hatten. Es ist ein Buch aus der Praxis für die Praxis. Die Fächer Ethik, Heilpädagogik, Didaktik und Methodik, Soziologie - Psychologie - Psychiatrie, Management und Organisation, Pflege, Werken und Gestalten wurden so erarbeitet, dass sich in vielen Beispielen und praktischen Unterrichtsmodellen der Alltag widerspiegelt. Das Buch soll ein Arbeits- und Lesebuch sein für alle, die sich für die Arbeit mit behinderten Menschen interessieren oder in ihrem Beruf mit ihnen arbeiten.



Impressum

Vi.S.P.
der Vorstand durch den
Vorsitzenden Klaus Eberl
Redaktion
Dr. Dieter Bach
Geschäftsführer Initiative Pskow
Düsseldorfer Straße 282,
47053 Duisburg
Telefon 0203 - 666564
Fax 0203 - 6694392
drdieter.bach@t-online.de

Konzeption
Dr. Ekkehard Pohlmann-Heinze

Autoren
Pawel Astratow
Dr. Dieter Bach
Bernd Braun
Dr. Ekkehard Pohlmann-Heinze

Layout
Jochen Leyendecker

Fotos
Deutsches Generalkonsulat,
St. Petersburg
Dietmar Kehlbreier
Prof. Thomas Krause
Jochen Leyendecker
Homepage der Luisenschule,
Mülheim

Bankverbindung
KD-Bank, Duisburg
BLZ 350 601 90
Konto 101 341 5010
Auflage 500 Stück

Druck
Druckerei Thierbach, Mülheim

www.initiativepskow.de